

Zeitung für Gommern

Umgegend.

Ämliches Veröffentlichungs-Organ
Amtsgerichts-Bezirk Gommern

für den Magistrat und den Königlichen
 sowie die angrenzenden Amtsbezirke
Magden und die benachbarten Kreise.

Angewandtes
von den Kreisverordneten
Gedruckte Beträge
von Herrn
Jahrespreis für
Kassation 30 Pf.

Offenen-Blättern 25 Pf.
Nachdruck 10 Pf.

Verlagspreis
Die Zeitung für Gommern
kann hierdurch mit
den Besten in Gommern
1,25 Mark durch die Post
bezogen, 1,00 Mark in Gommern
Abnahme.

Nr 28

Donstag den 20. Februar 1917.

38. Jahrgang

Friede und Wahlrecht.

Einen breiten Raum bei der diesmaligen Beratung des Etats des Ministeriums des Innern im preussischen Abgeordnetenhaus nahm die Wahlrechtsfrage ein. Namentlich waren es Vertreter der Freisinnigen und der Sozialdemokraten, die es am liebsten ließen werden, wenn noch während dieses Krieges, auf jeden Fall aber vor den nächsten Wahlen zum preussischen Landtage, das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt würde. Und — wie nicht anders zu erwarten auch die Frage des künftigen Friedensspiels in der Aussprache eine große Rolle. Der sozialdemokratische Abgeordnete Reinert führte dabei in seiner Rede aus, auch seine Partei wolle keinen Frieden um jeden Preis, wohl aber einen Frieden, der dem deutschen Volke die Unverletzlichkeit seiner Landesgrenze, die wirtschaftliche Selbstständigkeit und die nationale Entwicklungsfreiheit für alle Zukunft sichert. Der konervative Abgeordnete v. d. Osten wies in seiner Rede auf den Widerspruch hin, der gewissermaßen in diesen Worten des sozialdemokratischen Abgeordneten und denen des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Scheidemann, vorhanden ist, der ja einen großen Erfolg in der Stimmungs-Mache für einen Frieden erzielte, bei dem jeder seine Hände selbst zu tragen hätte. Dabei wurde gleichzeitig an der Hand eines Artikels der „Waldschen Zeitung“ darauf hingewiesen, daß einseitig allein in Betracht zu gehendes Moment die nationale Entwicklungsfreiheit ist. „Der Staatsmann möchte ich leben“, so jagte der konervative Redner weiter, „der es fertig brachte, einem so bis zum Niederknien belasteten Volke die wirtschaftliche Selbstständigkeit und nationale Entwicklungsfreiheit zu sichern gegenüber der uns ficher hart bedrückenden amerikanischen und später auch der asiatischen Konkurrenz.“

Der die Streitigkeiten um das preussische Wahlrecht jetzt mitten in diesem schweren Kriege lieft, der kann leicht auf den Gedanken kommen, daß im deutschen Volke immer noch der Keim der Unzufriedenheit, der ihm schon früher so viel gekostet hat, alles verdrängt. Wir waren es ja gewohnt, daß stets die wichtigsten Fragen der äußeren Politik mit denen der inneren verquickt wurden. Es scheint, als ob wir in dieser Beziehung nicht gelernt haben. Es muß doch merkwürdig berühren, wenn man den Eindruck bekommt, als ob man sich als den Hauptzweck dieses Krieges hingestellt, daß Preußen ein anderes Wahlrecht erhält. Nun hat ja der Reichstanzler seinerzeit selbst von einer „notwendigen Neuorientierung“ gesprochen. Aber es dürfte wohl kaum anzunehmen sein, daß er dabei allein das preussische Wahlrecht im Auge hatte.

Einer Veränderung dieses Wahlrechts ist ja kein Mensch grundsätzlich abgeneigt. Es handelt sich nur darum, die geeignete Formel zu finden. Eine Neuorientierung hat dabei allerdings voranzugehen. Aber diese werden in einer Weise unsere Parteien vorzunehmen haben; sie werden den Beweis erbringen müssen, daß sie es endlich gelernt haben, die Dinge von einer höheren Ebene aus zu betrachten. Daß manche das noch nicht können, das beweisen uns ja eben die jüngsten Debatten über die preussische Wahlreform. Diese Frage sollte man ruhig der Zeit nach dem Kriege überlassen, wenn wir uns erst einen gewissen Frieden erkaufen haben, der „kein Frieden um jeden Preis“ sein dürfte. Wollte man den Worten der Redner der linksstehenden Parteien glauben, so müßte man annehmen, daß unsere Bedenken einzig vom Gedanken einer Veränderung des preussischen Wahlrechtes erüllt sind und diese als einzigen Gesichtspunkt betrachten. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedmann hat bei einer früheren Gelegenheit einmal ausgesprochen, daß gegenüber den jetztigen weltbewegenden Ereignissen dem deutschen Volke die Frage des preussischen Wahlrechtes „heißlos“ sei. Das dürfte den Nagel auf den Kopf treffen und auch die Meinung unserer Feldgrauen sein. Gerade sie werden häufigst vermindert sein, mit welchem mühsamen Karieregange man in der Heimat die Zeit verbringt, anstatt alle Gedanken auf den einen Punkt hin aufzumuntern, wie uns ein alter Opfer würdiger Sieg und dementsprechender Friede verschafft werden kann.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Der ungeschickte 1.-Dool-Steig.
Berlin, 14. Februar, nachts. Von dem am 12. Februar als verrent gemeldeten lieben Dampfer und drei Segelschiffen mit einem Gesamtumfang von 22.000 Brutto-Registertonnen hatten fünf Schiffe von 13.100 Brutto-Registertonnen Getreide, zwei von 1.700 Brutto-Registertonnen Kohle, eins von 1.700 Tonnen Eisenbahnholz und zwei von 5500 Brutto-Registertonnen Kohlen

abgeladen. Außerdem wurde auf derselben Unternehmung noch ein Dampfer von 3000 Brutto-Registertonnen mit 4000 Tonnen Kohlen für Italien verrent. (W. T. Z.)
Amsterdam, 15. Februar. Bis zum 8. d. M. einschließlich waren bei „Lloyds“ Meldungen über den Verlust von 146 Schiffen eingelaufen, die seit dem 1. d. M. verrent oder verunglückt sind.
Nach einer Deuter-Meldung aus Cagliari (Sardinien) ist das amerikanische Segelschiff „Goman M. Law“ (1900 Br.-Reg.-To.) verrent worden. — Die römische „Agenzia Stefani“ meldet weiter dazu: Der amerikanische Dampfer „Goman M. Law“ war mit Gerätschaften beladen. Er begegnete in der Nacht zum 12. d. M. auf der Höhe der sardinischen Küste einem feindlichen U-Boot, das ihn in Brand schoß und verrentete. Die aus 10 Mann, darunter 3 Amerikaner, bestehende Besatzung landete in Cagliari.
Weiter werden als verrent gemeldet: die Dampfer „S. D. Lambert“ und „Anzu“ (engl.), der Segler „Cindora“ (engl.), die englischen Frachtschiffe „Barnaby“ (144 Br.-Reg.-To.) und „Dale“ (198 Br.-Reg.-To.) und der französische Dreimaster „Guillaume Tell“ (148 To.).

Deutsches Reich.

Der Kaiser an die Marine.
Das am 15. Februar ausgegebene Marineverordnungsblatt veröffentlicht folgenden allergehöchsten Befehl an die Marine:
An Meine Marine.
In dem bevorstehenden Entscheidungsschlupfe fällt Meiner Marine die Aufgabe zu, das englische Kriegsmittel der Ausbuchtung, mit dem unser gefähligster und hartnäckigster Feind das deutsche Volk niederzwingen will, gegen sie und seine Verbündeten zu führen durch Bekämpfung ihres Seeverkehrs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Hierbei werden die U-Boote in erster Reihe stehen. Ich erwarte, daß diese in weiser Voraussicht technisch überlegen entwickelte, auf leistungsfähige und leistungsfähige Weisen bewaffnet, im Zusammenwirken mit allen anderen Kampfmitteln der Marine und getragen von glänzenden Taten befähigt hat, den Kriegsschiffen unserer Gegner brechen wird.
Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1917.
Wilhelm.

Usland.

Revolution auf der Insel Kuba.
Aus Neupost kommt eine Kabelmeldung, die besagt, daß in dem unter nordamerikanischer Schutzherrschaft stehenden „Republik“ Kuba ein Aufstand ausgebrochen ist. Der Washingtoner Staatssekretär Langley warnte die Bevölkerung der Insel in einer Note, indem er darauf hinwies, daß die amerikanische Regierung keine aus der Revolution hervorgegangene Regierung anerkennen könne. Die Londoner „Times“ melden aus Washington, daß die Lage auf Kuba in den Vereinigten Staaten große Beunruhigung hervorgerufen habe. Führer der kubanischen Freiheitsbewegung, der frühere Präsident, der mit dem konservativen Kandidaten Jago des Liberalen Monocal die Präsidentschaft streitig machte. Die amerikanische Regierung sympathisierte mit Monocal. Wenn die kubanische Regierung nicht inlands die die Ordnung herzustellen, würden die Vereinigten Staaten intervenieren.

Preussischer Landtag.

× Berlin, 15. Februar 1917.
Abgeordnetenshaus.
In der Donnerstagssitzung des preussischen Abgeordnetenshauses, in der die Aussprache beim Ministerium des Innern fortgesetzt wurde, kamen vornehmlich die Vertreter der Linken zu Worte. Der Abg. Reinert, der zur Scheidemannschen Richtung gehört, hielt eine eingehende Rede über die innerpolitischen Fragen Preußens. Der Abg. v. Tarnowiczki behandelte die Frage der politischen Saisonarbeit und brachte allerpolitische Beschwerden vor. Er ging aber sofort, die letzte Rede des Abg. Korfanty zu verteidigen, der der Regierung gewissermaßen den Fehlbefandnis hingeworfen hatte. Durch seine Rede erregte er die Aufmerksamkeit der Linken, die ihm zu entgegen. Herr von Tarnowiczki gab einen kurzen Abriss über die Politik der preussischen Regierung in der Kriegszeit. Er weist fest, daß unter dem Namen der Nationalen Deutsche und Polen einander näherten, in jenseit, und er ermahnte an seine wiederholten Ver-

sprechungen, daß nach dem Kriege auch die preussische Außenpolitik neu orientiert werden soll. Schon jetzt sei die Verwaltungspraxis sehr milde geworden. In den Polen sei es, in die ausgebreitete Hand einzuschlagen. Den Standpunkt der Fortschrittler legte der Abg. Cappel dar: volle Gleichberechtigung der Polen in Kammern und Schulen. Die Ausnahmemaßregeln seien ein Fehler gewesen, aber auch die Polen müßten eine persönliche Haftung zeigen. Dann nahm er die Rechte der Gemeindeverwaltungen wahr und trat für ein freies Wahlrecht ein.
Am Freitag geht die Beratung weiter.

Kleine politische Nachrichten.

- + Zur stiftlichen Vorhabenliste. Dieser Tage nahm der stiftliche Senat das bereits von der Kammer bewilligte Gesetz an, wodurch die Regierung ermächtigt wird, mit der deutschen Regierung eine Vorhabenliste im Betrage von 42 1/2 Millionen Mark abzugeben und die Verhandlungen über die Finanzminister in einem längeren Epochen die seit Beginn des Krieges in Deutschland und Österreich aufgenommenen Vorhaben, die bis im ganzen auf 70 Millionen belaufen, alle rückgängig zu machen 11 Jahre nach dem Kriege.
- + Die v. 69. - Exekutive interniert. Ähnlich wird jetzt aus dem Haag mitgeteilt, daß die in einem holländischen Hafen zurückgebliebenen Exekutive des deutschen U-Bootes „V. 69“ gesamt dem Artikel 15 der Haager Konvention interniert worden sind.
- + Die holländische Marine-Kreditverleiher wurde von der Zweiten Kammer bewilligt.
- + Eine politische Frage. Das Reichstag „Holländen“ fragt, warum die Amerikaner, die auf das Recht ihrer Fahrt für amerikanische Fahrzeuge pochen, dieses Recht nicht durch eine Fahrt nach Hamburg, Sittin oder Triest beweisen.
- + Die Staatskammer ohne englische Setzungen. Infolge des ungeschickten U-Boot-Krieges sind seit dem 2. Februar in Stockholm keine englischen Setzungen mehr eingeflossen.
- + Der amerikanische Kataklysmus. Der Kopenhagener „Vorläufer“ schreibt, die künftige Zeit dürften, da der Handel an Nordosten die meisten Betriebe zwingen wird, im Laufe der nächsten beiden Wochen die Arbeit einzustellen. Das Ministerium des Innern verhandelt jetzt, um Betriebsbeeinträchtigungen zu vermeiden, die Anstalten für ein günstiges Ergebnis fertig jedoch gering.
- + Staatsverträgen auf U-Boote. In einer Gesellschafterversammlung der französischen Regierung wird, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Befreiung eines jeden französischen, alliierten oder neutralen Schiffes, das ein U-Boot, von dem es angegriffen wird, verurteilt, eine Prämie von 500.000 Franc zu bewilligen. Danach sollen die U-Boote, von denen die Alliierten angegriffen wurde, auf Grund der Vorschriften, die in der englischen U-Boot-Convention enthalten sind, interniert werden.
- + Die neuen Kontrollmaßnahmen für die Verbringung neutraler Schiffe in britischen Häfen sind jetzt, den Londoner „Times“ zufolge, in Kraft getreten. Die neuen Bestimmungen werden „so einfach wie möglich“ angewendet.
- + Zur britischen Munitionproduktion äußerte sich der Munitionsmittler Addison kürzlich in einer zu Bedford gehaltenen Rede dahin, daß, wenn man die durchschnittliche wöchentliche Produktion der letzten sechs Monate vom Juli 1915 bis Juni 1916 mit der der letzten Woche des Januar 1917 vergleicht, sich die Zahl um 6 1/2 zu 22 verdoppelt; für die mittelfähigen Geschosse sei das Verhältnis 7/2 zu 76, für schwere Geschosse 22 zu 365.
- + Stalins Anstaltsarbeiten in schwerer Sorge. Die Unbequem für Stalin das neue amerikanische Kulturgesetz für Einwanderer hat, zeigt ein Blattartikel der „Dea National“, der festgestellt, daß gegen Stalin an erster Stelle getroffen wurde. Von 700.000 Einwanderern in Amerika habe Stalin etwa 300.000 gestellt, von denen der größte Teil weder hätte lesen noch schreiben können.
- + Die „Reichswehr“ Uncle Sam's noch nicht ausgefahren? Eine Berliner Meldung besagt, daß die amerikanischen Dampfer „Orleans“ und „Hochester“ nicht ausgefahren seien, da die Reder mitgeteilt hätten, daß sie die Wälder der Schiffe für die Bewaffnung des Krieges geliefert habe.
- + Nordamerikanische Flottenverleiher. Das Washingtoner Republikanentags hat einen Gesetzentwurf angenommen, der die Rechte im Geländebereich von 360 Millionen Dollar gesichert werden; er enthält Bestimmungen für die Requisition von Schiffen und Munitionsfabriken und für die Ermächtigung von Patenten für Luftfahrzeuge. — Im August ist, wie Reuters wissen will, in den Vereinigten Staaten 682 Schiffe im Bau mit einem Gesamtumfang von 2.089.761 Tonnen.

+ Amtliche Kriegsberichte.

Deutsche Berichte.

Berlin, 16. Februar 1917, abends.
Von keiner Front sind besondere Ereignisse gemeldet.
(W. L. B.)

Großes Hauptquartier, den 17. Februar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
An der Artois-Front und im Somme-Gebiet, besonders auf beiden Ufern der Aisne, erreichte der Artilleriekampf beträchtliche Stärke. An mehreren Stellen wurden englische Erdungsabteilungen, südlich von Montcaumon ein nach Trömpelauer einziehender stärkerer Angriff abgewiesen.

Seeresgruppe Kronprinz.

An der Aisne, westlich von Verrucq-Slag, und in der Champagne, südlich von Ripont, wurden französische Vorstöße fehl.

Unzweifelhaft bewarfen wichtige Anlagen hinter der feindlichen Front ausgiebig mit Bomben. An der Somme flohen mehrere Munitionslager der Gegner in die Luft; Rauch und Erderschütterung waren bis St. Quentin wahrnehmbar.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Bei Mlyst, südwestlich von Luc, bei Jozom, südlich von Brzegany und südwestlich von Stanislaw (südlicheren russische Annehmungen).

Front des Generalfeldmarschalls Erzherzog Joseph.
Auf den Höhen nördlich des Ditzo-Tales haben sich jetzt Morgengrauen Kämpfe entsponnen.

Bei der Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Raden.
An der Mazedonischen Front hat sich die Lage bei geringer Geschwindigkeit nicht geändert.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf. (W. L. B.)

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 17. Februar. Seeresbericht vom 16. d. M.: An der Mazedonischen Front, nördlich von Bitola, in der Gegend von Moglena und auf dem rechten Ufer des Wardar spärliches Feuer der Artillerie, Mörserfeuer, Maschinengewehre und der Infanterie. An der übrigen Front ziemlich schwache Artillerieartillerie. — Ein Zug feindlicher Infanterie, der gegen unsere Stellungen westlich von Gostivar vorzugehen versuchte, wurde durch Gewehrfeuer und Bomben unserer Truppen zurückgeschlagen. — An der ägäischen Front beschoßen feindliche Schiffe einzeln und ohne Ergebnis die West- und Ostküste des Meerbusens von Sawalla.

An der russischen Front. Eine russische Infanterieabteilung verlor sich in der Gegend von Gostivar. Ein Zug unserer Kavallerie wurde durch Bomben und Gewehrfeuer verlegt und sich mehrere Tote und Verwundete zürück.

Südtürkischer Bericht.

Konstantinopel, 17. Februar. Generalfeldbericht vom 16. d. M.: An der Front. In der Nacht zum und am Morgen des 16. d. M. wurde im südlichen Teil der Front ein heftiger Angriff der Feinde auf dem rechten Ufer des Wardar unternommen. Angriff des Feindes gegen unsere rechten Flügel wurde abgelenkt. Ein Teil unserer Stellungen wurde besetzt. Ein Zug unserer Kavallerie wurde besetzt. Ein Zug unserer Kavallerie wurde besetzt. Ein Zug unserer Kavallerie wurde besetzt.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

An der hemmungsloser U-Bootkrieg.
Berlin, 16. Februar nachts. Innerhalb 24 Stunden wurden von einem unserer Unterseeboote neunzig versenkt:

Ein Hilfskreuzer von 20000 Br.-Reg.-Tonn. und ein Hilfskreuzer oder Transportdampfer von je 15000 Br.-Reg.-Tonn. und ein Transportdampfer von 4000 Br.-Reg.-Tonn., insgesamt 51.000 Br.-Reg.-Tonn.

Von dem am 13. Februar als versenkt gemeldeten sechs Dampfern und einem Segelschiff von insgesamt 15.000 Br.-Reg.-Tonn. sanken 2000 Tonne Kohle und ein Dampfer von 5000 Br.-Reg.-Tonn. Petroleum nach England.

Als Geiseln wurden eingeschleppt drei Kapitäne, zwei Ingenieure, ein Funkentelegraphist. Zwei von den Dampfern waren besetzt. (W. L. B.)

Neuer werden als versenkt gemeldet: Die englischen Dampfer „Hesperus“ (3740 Tonn.), „Alton“ (1156 Tonn.), „Greenland“, „Gongar“ (2777 Br.-Reg.-Tonn.) und „Giant“, die englischen Hilfskreuzer „Mary Bell“ und „Bevor“, der englische Segler „Beryn Roy“, der französische Dampfer „Mont Yantou“ (3233 Br.-Reg.-Tonn.), der französische Segler „Almeida“ (327 Br.-Reg.-Tonn.), der belgische Dampfer „Gypie“ (212 Br.-Reg.-Tonn.) und der norwegische Dampfer „Dalnata“.

An der Ostfront. Der erste Verbandzug, der am 17. Februar in der Nähe von Mlyst durch ein deutsches Unterseeboot versenkt. Die dichtgedrängte Menschenmenge an der Küste beobachtete den Vorgang aus der gepanzerter.

Deutsches Reich.

Die nächste Reichstags-Sitzung.
Die Tagesordnung für die am 22. d. M. nachmittags 3 Uhr beginnende 51. Sitzung des Reichstags enthält: 1. Beratung der Anleihegesetzgebung für das Reich 1916, 2. Erste Beratung des Gesetzes betr. Einberufung von Ersatzleuten zum Wehrdienstgesetz. — Der Präsident hat sich mehrere Besprechungen vorbehalten.

+ Zum Gemeindevorteil der Kriegsteilnehmer.

Der Gemeindevorteil für die Kriegsteilnehmer ist nunmehr von beiden Seiten des Landes unüberdrißbar angenommen worden und wird voraussichtlich schon in einigen Tagen in Kraft treten. Die Landgemeinden, in denen nach dem Gemeindevorteilsgesetz die Zuführung und Auslegung der Liste der Gemeindevorteilnehmer zu Beginn des Kalenderjahres hätte erfolgen müssen, erlangen durch das neue Gesetz u. a. die Befugnis, vor dieser Aufstellung und Auslegung, es sei nach dem Kalenderjahr 1917 abzuheben und bei etwa notwendig werdenden Wahlen zur Gemeinderatwahl die letzte endgültige Liste zugrunde zu legen. Dadurch wird eine erhebliche Arbeitsparnis in den Gemeinden eintreten. (W. L. B.)

Ausland.

+ Zur Lage in Griechenland.

Einer Athener Meldung des Mailänder „Corriere della Sera“ zufolge hält sich von den Vertretern der Entente nur der italienische Gesandte Bosdari mit den italienischen Behörden in Athen auf. Die Befehle des Königs, Frankreichs und Russlands dagegen kamen zwar häufig nach Athen, um mit der Regierung zu konferieren, wählten aber keine Wohnung in Athen, es sei bei Salamis verankerten Schiffen. In bezug auf die Verlagerung der Flotte glaube die Bevölkerung, daß die Entente durch das Hungereigent eine Aufhebung gegen den König hervorbringen wolle und damit rechne, daß die Bevölkerung dann Bezugslos als Befreier zurückzukehren würde. Durch die Flotte werde aber nur die veraltete Rüt gegen die Venetianer wachsen.

+ Süditalienische Eroberungsziele.

Aus Kapstadt erfahren, einer Antwerpener Drahtung zufolge, die Londoner „Times“, daß der General Smuts kürzlich dort angekommen sei. In einer in der Stadthalle gehaltenen Rede habe er erklärt, niemand könne noch sagen, was mit Deutsch-Südafrika geschehen werde, aber Südafrika werde dabei mitreden haben. Unendlich viel mehr Interesse hätte die Union an Deutsch-Südafrika. Die Nationalisten behaupten, Südafrika ginge der Krieg, in den England verwickelt worden sei, nichts an. Dies sei aber nicht richtig. Ein deutscher Sieg würde für Südafrika ernste Gefahren mit sich bringen.

+ Die Stimmung im Washingtoner Kongreß.

Nach dem „New York Herald Tribune“ meldet die Londoner „Times“, daß der Kongreß in Washington nicht zu verstehen, daß im Kongreß eine starke Strömung gegen einen Krieg mit Deutschland besteht. Nur wenn viele Amerikaner auf hoher See getötet würden, werde die deutsch-feindliche Strömung im Kongreß genötigt werden können, einer Kriegserklärung an Deutschland zuzustimmen.

Preussischer Landtag.

Berlin, 17. Februar 1917.

Abgeordnetenshaus.

In seiner Sonnabend-Sitzung sollte das preussische Abgeordnetenshaus beim Haus der Abgeordneten die Beschlüsse des Reichstages über die Verfassung des Reichstages diskutieren. Die Beschlüsse des Reichstages über die Verfassung des Reichstages sollten in der Sitzung des Abgeordnetenshauses diskutiert werden. Die Beschlüsse des Reichstages über die Verfassung des Reichstages sollten in der Sitzung des Abgeordnetenshauses diskutiert werden. Die Beschlüsse des Reichstages über die Verfassung des Reichstages sollten in der Sitzung des Abgeordnetenshauses diskutiert werden.

Reine politische Nachrichten.

+ Zum Verbot des Reichstagsministeriums für die Lebensmittelpolitik wurde vom Reichstag der Beschlusse des Reichstags über die Lebensmittelpolitik diskutiert. Die Beschlüsse des Reichstags über die Lebensmittelpolitik sollten in der Sitzung des Abgeordnetenshauses diskutiert werden.

+ Norwegische Schiffe in der Union. Der Direktor des norwegischen Bureaus „Arctic“ teilte nach seiner Rückkehr in Amerika gegen 1150000 Tonne Schiffe für norwegische Rechnung im Pazifik. Wenn Amerika diesen Schiffen einen Beschlusse und 500000 Tonne für die Tonne erhalte, so könne man in Norwegen mit einer Auszahlung von rund 600 Millionen Kronen durch Amerika an die norwegischen Küsten rechnen.

+ Scheinballo Miltardens feindliche Kriegskredite. Der Finanzminister Milow legte der französischen Kammer einen Bericht vor, über die Bewilligung preussischer Kredite für das zweite Vierteljahr 1917 und zwar von 974.002.992 Francs für das allgemeine Budget und von 928.710.792 Francs für den Kreditzweck.

+ Die Bergleute Nordfrankreichs vor einem Streik. Von einer Meldung aus London ist demnach ein Streik der Bergleute von Nordfrankreich zu erwarten, wenn die Forderung einer großen Anzahl von Bergleuten, außer mit der Entlohnung, das Streikrecht, nicht erfüllt wird. Die Bergleute von Nordfrankreich sind demnach ein Streik zu erwarten, wenn die Forderung einer großen Anzahl von Bergleuten, außer mit der Entlohnung, das Streikrecht, nicht erfüllt wird.

+ Englische Einfuhrbeschränkungen in Sicht. Nach einer Meldung aus London ist demnach ein Erlaß ergehen, der die Einfuhr einer großen Anzahl von Waren verbietet, außer mit der Entlohnung, das Streikrecht, nicht erfüllt wird. Die Einfuhr einer großen Anzahl von Waren verbietet, außer mit der Entlohnung, das Streikrecht, nicht erfüllt wird.

+ Russische Weizenverfahrungen. Die Londoner „Times“ berichten aus Warschau, daß die russische Weizenverfahrungen angedeutet werden, wenn die Berichte der Landwirtschaftsministerien.

unter die Waffen gerufen werden. Die jungen Leute von manchen Jahren seien bereits einberufen. Diese beiden Jahrgänge würden innerhalb weniger Monate ungefähr eine Million Mann liefern. + Wehrere russische Soldaten nach Schweden. Aus Malmö meldet die Schwedische „Nationaltidning“, daß an der schwedisch-russischen Grenze häufig russische Wachen auf schwedisches Gebiet gekommen seien. In den letzten Tagen seien wieder drei russische Soldaten über die Grenze gegangen und von dort aus dem Schweden verhaftet worden. In diesen Tagen seien nun 7000 russische Soldaten in Schweden interniert.

+ Anschlag auf den russischen Minister. Aus Petersburg erhalt die Kopenhaagener „Berlingske Tidning“, daß auf den Ministerpräsidenten Orskov am 14. d. M. ein Anschlag verübt worden sei. Zwei unbekannte Männer hätten der Minister angegriffen, dieser sei aber selbst bewußt geblieben, und durch sein fortwährendes Auftreten sei es ihm gelungen, die Täter zu ergreifen, die unerkannt entkommen seien.

+ Sozialistische Dumamtigebier verhaftet. Wie aus Kopenhagen berichtet wird, berichten russische Blätter, daß 11 sozialistische Dumamtigebier, die der Hauptleitung des Krieges untergeordnet waren, unter der Aufsicht verhaftet worden seien. Die Dumamtigebier, die der Hauptleitung des Krieges untergeordnet waren, unter der Aufsicht verhaftet worden seien.

+ Die sich feindliche Schiffe der Welt. Die Petersburger Zeitungsblätter „Sibirien“ für Schiffbau, Industrie und Handel will 1917 einen direkten Dienst zwischen der Ostküste von Amerika und den Häfen des Ost und Zentral durch das Starbuck Meer einrichten.

+ Devisenmangel im Dölkeland. Der Washingtoner Korrespondent der Londoner „Times“ meldet, daß die amerikanische Presse dieser Tage sehr pessimistisch Stimmung gewesen sei. Die Devisenmangel der Schiffe und die Stimmung auf dem Boden habe eine unermessliche Lage geschaffen.

+ Zum Zustand auf Ruß. Nach einem dieser Tage in Newport eingetroffenen Telegramm aus Haavana hat 17 Meilen von der Küste einmin, ein heftiger Kampf stattgefunden, in dem die Regierungstruppen den Aufständischen eine Niederlage beibrachten.

+ Kabinettsumbildung in Australien. Einem Antwerpener Blatte zufolge melden die Londoner „Times“ aus Sydney, daß der australische Ministerpräsident die Bildung einer nationalen Regierung angeheißt hat. Die Koalition habe beschlossen, die Dienstpflichtige weihen zu lassen.

+ Justizrat Gustav Jacobson, der eine umfassende Anwalts- und Notariatsstätigkeit in Berlin ausübte, hat sich in seiner Wohnung zu Wilmersdorf das Leben genommen. Er war vor kurzem in dem seit Monaten verhandelten Prozeß des Grundbesitzbesitzer Schimmann gegen die Zeige verurteilt worden, für den er vor Jahren einen Notariatsakt aufgenommen hatte. Im Verlauf des Prozesses hatte die Witweklage Schimmanns, Frau Preis, nämlich behauptet, Jacobson müsse von der beabsichtigten Ehescheidung Schimmanns nach Amerika unterrichtet gewesen sein. Jacobson und Schimmann hatten das in Abrede gestellt, wurde aber nicht verurteilt. Ob diese Vorwürfe in J. den Entschluß zum Selbstmord veranlaßten, wird wohl nie festgestellt werden. Seine Angehörigen behaupten, daß der seit Jahren körperlich leidende Mann unter den Einwirkungen des Krieges leidend schwer gelitten und offenbar in diesem Zustande Hand an sich gelegt habe.

+ Geh. Rat Prof. Bernhard Kühn. Der ehemalige Leiter für Sachverhalte an der Berliner Technische Hochschule Professor Bernhard Kühn ist dieser Tage in Charlottenburg im 79. Jahre gestorben. Nachdem er über 30 Jahre lang als Professor an der Technischen Hochschule gewirkt hatte, trat er vor nunmehr neun Jahren in den Ruhestand.

+ Zusammenkunft im Baugeverbe. Zur einheitlichen Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen haben die Organisations des Baugeverbes ein „Wirtschaftsbund des Baugeverbes“ gegründet.

+ Zusammenkunft durch Verbrechen. In der Hofstraße 13 hat sich demnach in Folge der Verbrechen der Baugeverbes ein „Wirtschaftsbund des Baugeverbes“ gegründet.

+ Zusammenkunft durch Verbrechen. In der Hofstraße 13 hat sich demnach in Folge der Verbrechen der Baugeverbes ein „Wirtschaftsbund des Baugeverbes“ gegründet.

Aus dem Reich.

Wechsel in der Leitung des Kriegswunderamtes.

Der Leiter des Kriegswunderamtes zu Berlin, Regierungsrat Dr. Dops, ist als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen worden. An seiner Stelle wurde dem Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Macholdt die Leitung des Kriegswunderamtes übertragen. Der neue Leiter amtierte früher als Oberregierungsrat und Leiter der ersten Regierungspräsidenten in Gumblinien und Polen und in den letzten sechs Jahren beim preussischen Oberverwaltungsgericht zu Berlin.

+ Der Postfachverkehr.

hat sich im Januar weiter erheblich entwickelt. Die Zahl der Postfachstellen ist um 3300 auf 152.230 Ende Januar gestiegen. Der Umsatz betrug 7.141 Milliarden Mark. Davon wurden bargehalten 4.737 Milliarden Mark oder 66,3 v. H. des Umsatzes beglichen. Das durchschnittliche Guthaben der Postfachstellen belief sich im Januar 1917 auf 486 Millionen Mark, das sind rund 190 Millionen Mark mehr als im Januar 1916. Das günstige Ergebnis zeigt, daß sich die Erkenntnis von den Sorgen des Postfachverkehrs und dem Wert des bargehaltenen Guthabens ausgedehnt immer mehr Bahn zieht. Anträge auf Eröffnung eines Postfachkontos sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

+ Eine Forschungsanstalt für Psychiatrie in München.

Die Errichtung einer deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München wird sich demnach verwirklichen. König Ludwig wurde zur Errichtung des Waisens der Geistkranken im Jahr zur Errichtung von München zur Errichtung der Anstalt, Errichtung und Errichtung ein Betrag von 1.700.000 M zur Verfügung gestellt. An einem Hand schreiben an den Kultusminister genehmigte der König die Verwendung der obigen Mittel zu dem genannten Zweck und sprach den Spendern für den betaueten Gemeindefonds ein besonderes Dankwort aus. Durch die Errichtung einer Forschungsanstalt entstehen, die sich an der Universität München befinden, in München werden durch diese Errichtung um eine Anstalt bereichert, wie sie zur Zeit keine derartigen deutschen oder ausländischen Anstalten besitzt.

